

Grundlagen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik

und

die deutsche Politik

in der Krisenregion Naher und Mittlerer Osten

Leitantrag

**zum 37. ordentlichen Bezirkstag der Jungen Union Südbaden
in Herbolzheim-Tutschfelden, 16. / 17. Juni 2007**

1. Teil: Grundlagen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik	3
1.1 Globale Herausforderungen	3
Grundsätze deutscher Außenpolitik.....	3
Globale sicherheitspolitische Herausforderungen	4
1.2 Sicherheit im Bündnis, europäische und internationale Beziehungen.....	4
Deutsche Sicherheit ist vernetzte Sicherheit	4
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa	4
Weiterentwicklung der NATO	5
Reform der Vereinten Nationen	6
Partnerschaft mit den USA	6
Kritische Partnerschaft mit Russland.....	7
1.3 Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik.....	8
Die Bundeswehr als Instrument nationaler und internationaler Sicherheit.....	8
Demokratisierung und Staatsaufbau	9
Entwicklungspolitik	10
2. Teil: Deutsche Politik in der Krisenregion Naher und Mittlerer Osten.....	11
2.1 Problemfelder des Nahen und Mittleren Ostens.....	11
Europa und der Nahe Osten.....	11
Militärische Bedrohungen	11
Internationaler Terrorismus.....	12
Unterdrückung und Stagnation als Grundproblem.....	12
2.2 Die deutsche Politik im Nahen und Mittleren Osten	13
Grundprinzipien deutscher Politik im Nahen und Mittleren Osten.....	13
Der Konflikt um Palästina	15
Der Hegemonialkonflikt um die Vorherrschaft im Nahen Osten.....	16
Die atomare Aufrüstung Irans.....	17
Das deutsche Engagement in Afghanistan.....	17

1. TEIL: GRUNDLAGEN DEUTSCHER AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

1.1 Globale Herausforderungen

Grundsätze deutscher Außenpolitik

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Welt und damit auch Deutschlands Rolle grundlegend verändert: Das bipolare System hat sich aufgelöst, ohne dass eine andere, ähnlich stabile Ordnung an seine Stelle getreten wäre. Deutschland steht vor ganz neuen, globalen Herausforderungen. Gleichzeitig haben sich der Handlungsspielraum und damit die Verantwortung Deutschlands vergrößert.

Trotzdem herrscht Unsicherheit über Deutschlands Rolle in der Welt. In weiten Teilen der Bevölkerung stößt das deutsche Engagement im Ausland auf Unbehagen. Zu oft wurde über kurzfristige Entscheidungen und Detailfragen anstatt über Grundsätze und Ziele diskutiert; Ziele und Mittel wurden nicht klar unterschieden. Die Junge Union Südbaden wird diese Grundsatzdebatte führen.

Deutsche Politik ist von Werten und Interessen geleitet. Sie ergeben kein „nationales Interesse“ im Sinne klassischer nationaler Machtpolitik, aber sie bestimmen die Grundziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Deutsche Außenpolitik ist wertorientierte Politik. Sie ist nicht nur von Macht und Interessen bestimmt.

Für die Junge Union Südbaden gelten folgend Ziele und Grundsätze deutscher Außenpolitik:

- Erstes Ziel ist die Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger Deutschlands sowie der Unversehrtheit unseres Staatsgebiets.
- Deshalb liegt die Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten, im elementaren deutschen Interesse.
- Ein umfassendes Sicherheitsverständnis meint nicht nur militärische Bedrohungen. Sicherheit schließt die Sicherheit von Energie- und Wasserversorgung, Schutz vor weltweiten Seuchen und die Kontrolle des Klimawandels ein.
- Eine offene Weltwirtschaft und der Zugang zu Rohstoffen als Grundlage deutscher Wohlfahrt sowie materieller Entwicklungschancen und Prosperität weltweit ist ein Grundinteresse deutscher Außenpolitik.
- Deutschland tritt für die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie die Verbreitung von Frieden und Freiheit ein.
- Deutschland fördert die Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, um Berechenbarkeit und Verlässlichkeit für alle Staaten zu erreichen.
- Deutschland bekennt sich bei der Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele zum Multilateralismus. Deutsche Werte und Interessen stehen nicht im Gegensatz zu Wohlstand und Sicherheit anderer Länder.
- Vor allem gilt: Deutsche Interessen sind europäische Interessen: Die historisch einmalige Erfolgsgeschichte der europäischen Intregation ist die Grundlage unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.
- Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Grundpfeiler deutscher Außenpolitik.

43 **Globale sicherheitspolitische Herausforderungen**

44 Die Komplexität der internationalen Beziehungen hat extrem zugenommen. Die Welt
45 ist unübersichtlicher geworden. Durch technischen Fortschritt, Mobilität und Handel,
46 aber auch durch Migration und Klimawandel nehmen die internationalen
47 Verflechtungen zu. Die Globalisierung bestimmt das Alltagsleben in vielen Regionen
48 der Welt. Durch das weltweite Zusammenwachsen steigen aber auch Bedrohungen
49 durch bewaffnete Konflikte, internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität.
50 Weit entfernte Entwicklungen Deutschland plötzlich betreffen auch.

51 Weltweit gibt es zunehmend mehr fragile, überforderte und nicht selten zerbrechende
52 Staaten, so dass Machtkämpfe zwischen bewaffneten Gruppen und ethnische
53 Auseinandersetzungen die Zivilbevölkerung bedrohen. Ganze Weltregionen werden
54 auf diese Weise destabilisiert. Politischer und religiöser Fanatismus erschwert eine
55 friedliche Entwicklung und stellt den Boden für internationalen Terrorismus dar.

56 Massenvernichtungswaffen können unkontrolliert verbreitet werden und zum Einsatz
57 gelangen. ABC-Waffen werden in den Händen nicht-staatlicher Gruppen zu einer
58 Bedrohung der gesamten Weltgemeinschaft.

59 Fehlende wirtschaftliche Perspektiven und katastrophale Bildungssysteme in vielen
60 Weltgegenden, die Auswirkungen von Wasserknappheit einerseits und
61 Überschwemmungen andererseits als Folge des Klimawandels sind wesentliche
62 Ursachen für humanitäre Katastrophen, bewaffnete Konflikte und weltweite
63 Flüchtlingsströme. Mangelhafte hygienische Bedingungen und medizinische
64 Versorgung führen in Verbindung mit der gestiegenen Mobilität zu Seuchen und zur
65 Verbreitung tödlicher Krankheiten wie beispielsweise HIV oder TBC.

66 **1.2 Sicherheit im Bündnis, europäische und internationale** 67 **Beziehungen**

68 **Deutsche Sicherheit ist vernetzte Sicherheit**

69 In einer zunehmend vernetzten und zusammenrückenden Welt ist die
70 sicherheitspolitische Verantwortung nicht auf die unmittelbar angrenzenden
71 Regionen beschränkbar. Durch weltweite Beziehungen und Abhängigkeiten und
72 durch die veränderte Bedrohungslage ist die Schaffung von Sicherheit und Frieden
73 eine globale Aufgabe.

74 Durch Multilateralismus und Stärkung der internationalen Institutionen kann am
75 effektivsten und nachhaltigsten eine friedvolle und prosperierende Entwicklung in der
76 Welt erzielt werden. Deutsche Außenpolitik bleibt den Prinzipien der multilateralen
77 Zusammenarbeit in EU, NATO und VN verpflichtet.

78 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa**

79 Die EU ist für die Junge Union Südbaden nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft,
80 sondern auch eine politische Union auf der Grundlage gemeinsamer Werte.
81 Angesichts der neuartigen weltweiten Herausforderungen kann es nur eine
82 gemeinsame europäische Sicherheit geben. Deshalb entstehen aus der
83 Mitgliedschaft in der EU auch gegenseitige Bündnispflichten; kein EU-Mitglied darf
84 sich unter Berufung auf das Neutralitätsprinzip aus den Zeiten des Kalten Krieges
85 seiner Bündnissolidarität entziehen.

86 Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist im europäischen
87 Vertragswerk als Gemeinschaftsaufgabe anerkannt. Jedoch gilt hier immer noch das
88 Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat. Die Kommission und das Parlament
89 haben nur Anhörungs- und Informationsrechte. Unserer Ansicht nach muss die
90 Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter vergemeinschaftet werden und dabei
91 weitgehend das Mehrheitsprinzip eingeführt werden. Zum Gremium der ESVP sind
92 strategisch wichtige Partner, die wie die Türkei keine Mitgliedstaaten sind, zu
93 assoziieren.

94 Der Aufbau einer EU-Eingreiftruppe ist eine erste Maßnahme, um der internationalen
95 Verantwortung gerecht zu werden. Daneben gilt es auch zivile Krisenreaktionskräfte
96 und Einheiten zum Katastrophenschutz bereit zu halten. Die Zeiten, in denen jedes
97 europäische Land über alle militärischen Fähigkeiten verfügen muss, sind vorbei. Wir
98 brauchen in Europa eine deutlich stärkere Vernetzung der Verteidigungspolitik, die
99 langfristig in einer gemeinsamen europäischen Armee mündet. Der Wandel hin zu
100 europäischen Streitkräften sollte in einzelnen Schritten vorgenommen werden. So ist
101 es wünschenswert, bereits mittelfristig die Marine und die Luftstreitkräfte
102 zusammenzulegen. Auf diesem Weg sollen die militärischen Fähigkeiten und
103 Rüstungsausgaben möglichst eng abgestimmt werden.

104 Mit dem Eurofighter und dem Transportflugzeug A 400-M wurden wichtige
105 gemeinsame Rüstungsprojekte verwirklicht. Die weitere Entwicklung und
106 Beschaffung muss in allen Bereichen stark intensiviert und zu einer gemeinsamen
107 Beschaffungspolitik fortentwickelt werden. Langfristig sind die Haushaltsmittel für
108 Verteidigung in den Haushalt der EU zu integrieren.

109 Die Junge Union Südbaden hält an ihrer Forderung nach der Einführung eines EU-
110 Außenministers und eines gemeinsamen auswärtigen Dienstes fest. Die Junge
111 Union fordert weiterhin eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik unter der
112 Verantwortung eines Entwicklungskommissars. Der Etat dieses Ressorts soll jährlich
113 0,7% des Bruttoinlandsprodukts der EU betragen.

114 **Weiterentwicklung der NATO**

115 Die NATO wurde 1949 als Verteidigungsbündnis nordamerikanischer und
116 europäischer Mitgliedsstaaten gegründet. Neben dem Militärbündnis ist es auch eine
117 Wertegemeinschaft westlicher Staaten für Demokratie, Menschenrechte und
118 Marktwirtschaft. Wir begreifen die ESVP als europäischer Pfeiler in der NATO. Dabei
119 ist auf eine enge und reibungslose Abstimmung und Zusammenarbeit der NATO und
120 der EU zu achten. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht nicht
121 in Konkurrenz zur transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. Die Junge Union
122 Südbaden sieht die NATO eher als stabiles und effizientes Verteidigungsbündnis,
123 welches nicht um jeden Preis erweitert werden darf. Künftige Erweiterungen, wie
124 beispielsweise durch den Beitritt von Albanien, Kroatien oder Mazedonien, sind
125 sorgfältig zu prüfen. Mögliche Krisenherde und Instabilität dürfen so nicht auf den
126 Boden des Bündnisses gelangen. Wir befürworten den Einsatz der NATO auch bei
127 humanitären Katastrophen. Der NATO-Russland-Rat ist ein wichtiges Gremium zur
128 Vertrauensbildung. In diesem Gremium ist eine Einigung mit Russland zum
129 Raketenabwehrschild zu erzielen. Die Junge Union Südbaden befürwortet die
130 Errichtung eines solchen Schildes zum Schutz gegen den Terrorismus, gegen sog.
131 Schurkenstaaten als reine Abwehrmaßnahme. Von ihm soll keine Bedrohung gegen
132 Russland ausgehen und es darf keine Aufrüstungsspirale in Gang setzen. Der
133 Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) war und ist ein
134 wichtiges Instrument, das zu mehr Frieden und Sicherheit in den NATO und den

135 ehemaligen Warschauer Pakt Staaten geführt hat. Das Einfrieren des Vertrags durch
136 Russland ist ein Schritt in die falsche Richtung und muss rückgängig gemacht
137 werden.

138 **Reform der Vereinten Nationen**

139 Die Vereinten Nationen sind 1945 zur Schaffung von Frieden und Sicherheit
140 gegründet worden. Die Junge Union Südbaden befürwortet eine weitere
141 Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, damit Freiheits- und
142 Menschenrechte sowie Demokratiebemühungen gestärkt werden. Der UN-
143 Sicherheitsrat besteht aus 5 ständigen Vetomächten und 10 weiteren periodisch zu
144 wählenden Mitgliedern. Er wurde eingerichtet unter dem Eindruck des zweiten
145 Weltkrieges als der UN noch 50 Mitglieder hatte. Die Junge Union befürwortet die
146 Reform zur Anpassung der Struktur des Sicherheitsrates dahingehend, dass mehr
147 Mitglieder, regional verteilt, in den Sicherheitsrat zu wählen sind. Das Vetorecht gilt
148 es langfristig abzuschaffen. Die Junge Union Südbaden fordert dabei einen
149 ständigen Sitz für die EU. Ein eigener Sitz für Deutschland ist kein vorrangiges Ziel;
150 sollte auf Deutschland aber eine solche Verantwortung zukommen, gilt es sie auch
151 wahrzunehmen. Die IAEO ist eine Unterorganisation der UN zur Überwachung und
152 Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen. Die Junge Union Südbaden fordert
153 die Staaten, die noch nicht Mitglied der IAEO geworden sind auf, den
154 Nichtverbreitungsvertrag zu ratifizieren. Nur so kann legitim das Streben und die
155 Verbreitung von Atomwaffen verhindert werden. Insbesondere bei der Gewinnung,
156 Aufarbeitung und Verbreitung von Uran muss der IAEO eine regulative Funktion
157 zukommen. Langfristig müssen alle Massenvernichtungswaffen abgeschafft werden.
158 Es gilt Mechanismen zu finden, wie man die Vertragsstaaten zur Einhaltung der
159 Verpflichtungen zwingen kann.

160 **Partnerschaft mit den USA**

161 Die freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den USA
162 sind historisch gewachsen, beruhen auf gemeinsamen kulturellen Wurzeln und einer
163 vielfach erprobten Werte- und Interessengemeinschaft. Sicherheit, Demokratie und
164 Wohlstand in den vergangenen 60 Jahren verdankt Deutschland ganz wesentlich
165 den USA.

166 Auch künftig können die Grundfragen europäischer Sicherheit nur gemeinsam mit
167 den Vereinigten Staaten beantwortet werden. Die Kontrolle von
168 Massenvernichtungswaffen, insbesondere die Politik der Nicht-Verbreitung von
169 Atomwaffen, die Raketenabwehr, der Umgang mit Migration und Klimawandel sowie
170 die Stabilisierung von anderen Weltgegenden wie Afrika und Nahost können nur
171 durch gemeinsames Handeln gelingen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund
172 des absehbaren Aufstiegs von China und Indien zu Weltmächten.

173 Die rot-grüne Bundesregierung hat die deutsch-amerikanischen Beziehungen
174 mutwillig und unnötig verschlechtert und so den Interessen Deutschlands geschadet.
175 Die Junge Union Südbaden begrüßt umso mehr die Verbesserung der deutsch-
176 amerikanischen Beziehungen durch den Regierungsantritt Angela Merkels. Die
177 Partnerschaft mit den USA ist wieder – wie unter Konrad Adenauer und Helmut Kohl
178 – zu einem Grundpfeiler deutscher Außenpolitik geworden.

179 Unter verlässlichen Partnern können auch Meinungsunterschiede offener
180 angesprochen werden. Es ist Auffassung der Jungen Union Südbaden, das
181 Deutschland weiterhin auf die Einhaltung der Menschenrechte bei der Bekämpfung

182 des internationalen Terrorismus dringen muss. Das Gefangenenlager Guantanamo
183 Bay ist mit christdemokratischen Grundsätzen unvereinbar und schadet dem
184 Ansehen des Westens in der Welt. Wir fordern die USA auf, den Internationalen
185 Strafgerichtshof zu unterstützen. Die USA müssen zudem größere Verantwortung
186 bei der Bekämpfung des Klimawandels übernehmen.

187 **Kritische Partnerschaft mit Russland**

188 Sicherheit, Stabilität und Wohlstand sind in Europa ohne Russland nicht zu
189 gewährleisten. Tatsache ist jedoch, dass Russland seit einigen Jahren eine
190 Großmachtpolitik betreibt, die auf den eigenen Vorteil bedacht ist und weitergehende
191 Verantwortung für die friedliche Gestaltung der Welt ablehnt. Russlands Politik steht
192 so zunehmend im Gegensatz zu deutschen und westlichen Zielen: in Osteuropa
193 (Baltikum, Ukraine, Weißrussland) und Zentralasien, im Umgang mit dem Iran und
194 der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

195 Unterschiedliche Grundwerte kommen hinzu: Die gewaltsamen Einsätze gegen die
196 demonstrierende Opposition, die Urteile gegen Regierungskritiker, die schleppende
197 Aufklärung der Morde an Litvinenko und Politkowskaja, die allgegenwärtige
198 Korruption sowie die faktische Abschaffung der Pressefreiheit sind deutliche Zeichen,
199 dass Russland unter Putins Führung weit weg von einer wirklichen Demokratie ist.

200 Junge Union Südbaden fordert, Missstände in Russland beim Namen zu nennen und
201 nicht, wie unter der Regierung Schröder, zu verharmlosen und beiseite zu schieben:
202 Lupenreine Demokraten sitzen in Russland nicht im Kreml, sondern im Gefängnis.

203 Es liegt im deutschen Interesse, auf möglichst vielen Feldern einen
204 Interessenausgleich zu erreichen. Die bi- und multilateralen Beziehungen auf
205 politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet müssen intensiviert werden. Die
206 Junge Union Südbaden befürwortet eine Beteiligung Russlands beim Aufbau eines
207 europäisch-atlantischen Raketenabwehrsystems, das das strategische Gleichgewicht
208 nicht berührt. Falls Russland dies abgelehnt, ist dieses System auch vom Westen
209 alleine aufzubauen.

210 Bei der Energiesicherheit bleibt Deutschland langfristig auf Russland angewiesen:
211 Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) einschließlich Russland ist der
212 größte Energielieferant Deutschlands. Sie liefert 41 Prozent des Erdöls, 37 Prozent
213 des Gases, 19 Prozent des Urans und 8 Prozent der Kohle. Diese große
214 Abhängigkeit macht Deutschland wirtschaftlich und politisch verwundbar. Russland
215 hat bereits bewiesen, dass es Rohstoffe als Druckmittel einsetzt.

216 Die Junge Union Südbaden fordert deshalb, dass Deutschland durch eine
217 sparsamere Energiepolitik, seine Abhängigkeit durch die Förderung alternativer
218 Energien und eine Diversifikation der Energieimporte minimiert.

219 **1.3 Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik**

220 Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische,
221 ökologische und kulturelle Bedingungen bestimmen die künftige sicherheitspolitische
222 Entwicklung. Sicherheit kann daher nicht allein durch Streitkräfte gewährleistet
223 werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der eine Vielzahl von
224 Instrumenten einbezieht: einen koordinierten Mix von militärischen Mitteln sowie
225 außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Maßnahmen.

226 Ein umfassendes Sicherheitsverständnis beginnt nicht erst bei der Bewältigung von
227 Krisen, denn nachträgliche Eindämmung ist stets schwieriger und teurer als
228 Vorbeugung. Deshalb beginnt Sicherheitspolitik für die Junge Union Südbaden mit
229 der systematischen Beobachtung potentieller Krisenherde, der Krisenprävention
230 durch politische Einflussnahme und entwicklungspolitische Ursachenbekämpfung.
231 Darauf folgen Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung.

232 **Die Bundeswehr als Instrument nationaler und internationaler Sicherheit**

233 *Der Wandel der Bundeswehr*

234 Die Soldaten der Bundeswehr gewährleisten seit mittlerweile über 50 Jahren die
235 Sicherheit Deutschlands und erfüllen erfolgreich die immer zahlreicheren
236 internationalen Aufgaben. So wandelte sich die Bundeswehr von einer reinen
237 Verteidigungsarmee zu einer für Kriseninterventionen tauglichen Streitmacht. Dieser
238 Wandel ist allerdings längst noch nicht abgeschlossen und bedarf weiterer
239 Anstrengungen.

240 Gefragt sind nicht mehr schwere Panzerverbände, sondern mobile und flexible
241 Einheiten, die zugleich über hohe Kampfkraft und Durchhaltefähigkeit besitzen. Die
242 Bundeswehr muss zu einer weltweiten Machtprojektion in Konflikten niedriger wie
243 hoher Intensität befähigt werden. Notfalls muss die Bundeswehr in mehreren
244 Konflikten gleichzeitig einsetzbar sein.

245 *Investitionen für Ausrüstung*

246 Ausrüstung und Bewaffnung müssen unverzüglich und umfassend modernisiert
247 werden, zum Schutz unserer Soldaten und zur Steigerung der Fähigkeiten im
248 Einsatz. Dazu gehören strategische Aufklärungskapazitäten und Führungsfähigkeiten
249 über weite Entfernungen ebenso wie strategische Lufttransportkapazitäten. Bisher ist
250 die Bundeswehr auf die Anmietung osteuropäischer Flugzeuge angewiesen.

251 Angesichts der angespannten Haushaltslage und dem Investitionsstau in allen
252 Truppengattungen muss zwingend eine Wertung der Investitionen in neue Ausrüstung
253 stattfinden. Es wird nicht möglich sein die Marine, das Heer und die Luftwaffe auf den
254 neusten Stand der Technik zu bringen. Es müssen Schwerpunkte gesetzt und über
255 eine weitere Umstrukturierung der Bundeswehr nachgedacht werden.

256 Bereits seit Jahren trägt das Heer die Hauptlast der Friedensmissionen. Derzeit sind
257 über zwei Drittel der Soldatinnen und Soldaten, die sich in Auslandseinsätzen
258 befinden, von den Landstreitkräften. Dieser Tatsache muss auch im Bereich der
259 Investitionen Rechnung getragen werden:

260 Für diese Soldaten ist es wichtig Fahrzeuge zu besitzen, die sowohl über eine
261 sichere Panzerung, hohe Beweglichkeit und eine ausreichende Feuerkraft verfügen.
262 Fahrzeuge wie „Wolf“ und „Marder“ müssen durch neue Systeme wie „Fennek“,
263 „Dingo“ und „Puma“ ersetzt werden.

264 *Ausbildung*

265 Die Soldatinnen und Soldaten brauchen eine geänderte Ausbildung für den Einsatz.
266 Nicht alleine der Umgang mit der Waffe ist in den heutigen Einsätzen entscheidend,
267 sondern auch detaillierte Kenntnisse in Kultur und Sprache des Einsatzlandes.

268 Angesichts der gemeinsamen Auslandseinsätze mit anderen Nationen ist es
269 lebenswichtig, dass man sich untereinander verständigen kann. Jeder Soldat im
270 Einsatz muss über Kenntnisse der englischen Sprache verfügen, um sich im Ernstfall
271 mit ausländischen Kameraden verständigen zu können.

272 *Rechtliche Grundlagen*

273 Die rechtlichen Grundlagen der Auslandseinsätze sind in verschiedener Hinsicht
274 ungeklärt. Die Junge Union Südbaden fordert die Bundesregierung auf, umgehend
275 eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, die vor allem den Umgang mit ausländischen
276 Gefangenen und die Strafgerichtsbarkeit bei internationalen Einsätzen klärt.

277 **Demokratisierung und Staatsaufbau**

278 Staatszerfall ist eine der wesentlichen Ursachen von regionalen Konflikten,
279 internationalem Terrorismus, Völkermord und humanitären Katastrophen. In vielen
280 Ländern ist die Zentralgewalt schwach, da sich die Staatsverwaltung nicht auf ein
281 bürokratisches System, sondern auf die Loyalität gegenüber Ethnie, Stamm,
282 Unterstamm, Sippe, Klan und Familie gegründet ist. Schlimmstenfalls existieren
283 keinerlei staatliche Strukturen mehr.

284 Der Aufbau eines funktionierenden Staatswesens (nation-building) ist deshalb eine
285 zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik. Dazu gehören erstens demokratische
286 Strukturen, die alle Bevölkerungsgruppen und -schichten eines Landes teilhaben
287 lassen, selbst wenn sie dem westlichen Ideal nicht voll entsprechen. Dazu gehört
288 zweitens eine belastbare Exekutive, insbesondere eine unbestechliche Verwaltung,
289 ein geordnetes Militär und eine Polizei, die das Land befrieden kann. Drittens muss
290 ein Justizwesen für die Herrschaft des Rechts sorgen.

291 Deutschland und Europa können aufgrund der Erfahrungen mit dem deutschen
292 Föderalismus und der europäischen Zusammenarbeit in besonderem Maße zu
293 diesem Aufbau beitragen. Europas Erfahrungen taugen besser als Vorbild als die
294 zentralistischen Staaten. Kulturelle Sensibilität ist eine herausragende Stärke
295 europäischer Politik.

296 Die Instrumente dafür müssen quantitativ und qualitativ stark verbessert werden. Die
297 Junge Union Südbaden fordert die Schaffung von zivilen Einsatzkräften für
298 Verwaltungs-, Polizei- und Justizaufbau, die ähnlich wie die Bundeswehr sofort in
299 Krisenregionen entsendet werden können. Diese Kräfte können Teil der
300 Bundespolizei sein oder beim Bundesministerium des Innern angesiedelt werden.
301 Außerdem schlägt die Junge Union Südbaden die Gründung einer „Gesellschaft für
302 Verwaltungszusammenarbeit“ vor, die von der Bundesregierung ähnlich wie heute
303 die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit mit Projekten beauftragt wird.

304 Zur Professionalisierung des „nation-building“ fordert die Junge Union Südbaden
305 zudem die Einrichtung eines entsprechenden Ausbildungsgangs und eines
306 Studiengangs oder Aufbaustudiengangs. Es müssen jederzeit Experten für
307 Verwaltung, Justiz und Polizei zur Verfügung stehen, die über besondere
308 Qualifikationen für den Staatsaufbau in anderen Ländern und Kulturkreisen verfügen.

309 **Entwicklungspolitik**

310 Langfristige Sicherheit ist nur mit entwicklungspolitischen Maßnahmen zu erreichen.
311 Dabei müssen die Entwicklungsgelder an Standards der „good governance“, wie
312 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz, gekoppelt werden.

313 *Energie- und Umweltpolitik*

314 Der wachsende Energiebedarf von Entwicklungsländern sollte weitgehend über
315 regenerative Energien gedeckt werden. Dadurch werden frühzeitig umweltfreundliche
316 Energien benutzt, die meist lokal vorhanden sind. Umweltschutzmaßnahmen müssen
317 dabei stärker in Entwicklungsmaßnahmen integriert werden

318 *Seuchenbekämpfung und Gesundheitsversorgung*

319 Die tödliche Kombination von TBC und AIDS, mit 30 Millionen Infizierten, stellt vor
320 allem in Afrika ein riesiges Problem dar. Gleichzeitig sind auch andere Seuchen wie
321 Malaria oder Hepatitiden ein gravierendes Problem in den allermeisten
322 Entwicklungsländern.

323 Die Junge Union Südbaden fordert deshalb, dass der Zugang zu ausreichender
324 medizinischer Versorgung dringend verbessert werden muss. Der Kampf gegen
325 Seuchen wie HIV/AIDS muss zum vordringlichen globalen Ziel werden, um weiteren
326 volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden. Dazu gehört auch die Möglichkeit für
327 entsprechende Länder, patentkostenfrei wirksame Medikamente gegen diese
328 Seuchen zu produzieren oder zu erwerben.

329 *Soziale und wirtschaftliche Perspektiven für die gesamte Bevölkerung schaffen*

330 Der globale Wandel zwingt traditionelle Familien- und Sozialstrukturen zur
331 Veränderung. Gerade Frauen leiden besonders unter dieser Situation. Hier kann man
332 vor allem durch Projekte zur Selbsthilfe ansetzen.

333 Beispielsweise in Indien und Bangladesh werden durch Fraueninitiativen Kleinkredite
334 zum Erwerb von Grundmaterialien für handwerkliche Tätigkeiten gewährt. Die Frauen
335 fertigen daraus Produkte, die sie gewinnbringend verkaufen können. Die Junge
336 Union Südbaden fordert solche Projekte weiter auszubauen.

337 *Kulturelle Zusammenarbeit*

338 Durch kulturelle Zusammenarbeit werden die deutsche Sprache, deutsche Kultur,
339 Demokratie, Menschenrechte sowie das Ansehen Deutschlands in der Welt
340 gefördert. Die Hilfe beim Aufbau eines modernen Bildungssystems sollte
341 Schwerpunkt der kulturellen Zusammenarbeit werden. Die Junge Union Südbaden
342 fordert, dass die Gelder für die entsprechenden Einrichtungen nicht weiter zu kürzen.

343 **2. TEIL: DEUTSCHE POLITIK IN DER KRISENREGION NAHER UND**
344 **MITTLERER OSTEN**

345 **2.1 Problemfelder des Nahen und Mittleren Ostens**

346 **Europa und der Nahe Osten**

347 Europa bildet heute einen historisch einmaligen Raum des Friedens, der Demokratie
348 und des Wohlstands. Alle diese Errungenschaften fehlen in unserer unmittelbaren
349 Nachbarregion, dem Nahen und Mittleren Osten. In einem Bogen von Nordafrika bis
350 nach Zentralasien sind Kriege und Instabilität, Unterdrückung, gesellschaftliche und
351 wirtschaftliche Stagnation weit verbreitet.

352 Mit dieser Weltregion und ihren Problemen ist Europa in vielerlei Hinsicht verbunden:
353 Das Mittelmeer verbindet beide und das NATO-Mitglied Türkei grenzt direkt an.
354 Europas Sicherheit ist unmittelbar durch Massenvernichtungswaffen und mittelbar
355 durch regionale Konflikte bedroht. Europa ist das Ziel vieler Migranten, die vor
356 Unterdrückung und fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten fliehen. Und nicht zuletzt
357 ist Europa zum Ziel des islamistischen Terrorismus geworden.

358 Darüber hinaus hängen unser Wohlstand und unsere Energieversorgung wesentlich
359 von dieser Region ab. Europa ist auf die Öl- und Gasvorkommen in Nahost und
360 Zentralasien angewiesen. Der freie und ungehinderte Welthandel als Grundlage
361 unseres Wohlstands benötigt sichere Handelswege wie den Suez-Kanal, der Europa
362 und Asien verbindet. Dieser Seeraum wird zurzeit von der Bundesmarine überwacht.

363 Es liegt deshalb im elementaren Interesse Deutschlands und Europas, Krisen im
364 Nahen und Mittleren Osten einzudämmen und zu ihrer Bewältigung beizutragen,
365 neuen Konflikten vorzubeugen und eine langfristige friedliche Entwicklung zu fördern.
366 Europa hat viel zu gewinnen: eine Nachbarregion des Friedens und der Demokratie,
367 die durch Handel und kulturellen Austausch mit Europa verbunden ist.

368 **Militärische Bedrohungen**

369 Zurzeit gibt es keine unmittelbare konventionelle militärische Bedrohung Europas.
370 Keine Armee des Nahen Ostens kann Deutschland und Europa direkt erreichen. Die
371 regionalen Konflikte wirken sich jedoch mittelbar auf Deutschlands Sicherheit aus:

372 • Der Konflikt zwischen Israel auf der einen, den Palästinensern und den arabischen
373 Staaten auf der anderen Seite geht Deutschland unmittelbar an: Deutschland ist mit
374 Israel durch seine Geschichte eng verbunden. Es ist das einzige demokratische Land
375 in der Region, das dem westlichen Kulturkreis angehört und über eine moderne,
376 international verflochtene Wirtschaft verfügt. Zurzeit kontrolliert die Bundesmarine
377 das Mittelmehr vor der libanesischen Küste.

378 • Ein zerfallender Irak hätte aufgrund der Kurden-Frage unmittelbare Auswirkungen
379 auf den NATO-Verbündeten Türkei.

380 • Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel
381 entwickelt sich zu einer Bedrohung für Deutschland. Hier ist erstens die atomare
382 Aufrüstung des Irans zu nennen. Zweitens sind die langfristige Stabilität Pakistans
383 und damit die Verfügungsmacht über die pakistanischen Atomwaffen ungewiss.
384 Drittens ist nicht auszuschließen, dass atomare, biologische und chemische Waffen
385 in die Hand von Terroristen oder anderen nicht-staatlichen Akteuren gelangen.

386 • Der innere Zerfall von Staaten sowie die damit häufig einhergehende
387 Entstaatlichung von Gewalt bedroht Deutschlands Sicherheit. Radikale Kämpfer
388 destabilisieren die Nachbarländer, Waffenhandel und organisierte Kriminalität breiten
389 sich aus, und dem internationalen Terrorismus wird ein Rückzugsraum gegeben.

390 **Internationaler Terrorismus**

391 Der internationale Terrorismus ist eine zentrale innen- und außenpolitische
392 Herausforderung für Deutschland, Europa und den Westen. Er bedroht unsere
393 Sicherheit in Deutschland und im Ausland. Dabei darf nicht übersehen werden, dass
394 zuallererst die Menschen im Nahen und Mittleren Osten selbst die Opfer sind.
395 Terroristische Gruppen bilden nach wie vor nur eine kleine radikale Minderheit, die
396 bei der Mehrheit keine Unterstützung finden.

397 Terrorgruppen sind zum einen im Westen selbst entstanden. Deshalb ist klar, dass
398 die Ursachen auch hier zu suchen sind und polizeiliche und gesellschaftspolitische
399 Antworten verlangen.

400 Zum anderen ist der Terrorismus ein spezifisches Problem des Nahen und Mittleren
401 Ostens. Regionale Macht- und Interessenkonflikte werden durch die islamistische
402 Ideologie überlagert und verstärkt, so dass sich Antisemitismus, Antiamerikanismus
403 und die Ablehnung des Westens insgesamt in den letzten Jahrzehnten ausgebreitet
404 haben. Der Terrorismus findet hier seinen Nährboden. Terrorgruppen nutzen die
405 politische Instabilität in der Region aus und tragen selbst zur Destabilisierung bei.

406 Die Hauptursache für den Terrorismus und für die Konflikte des Nahen und Mittleren
407 Osten liegt jedoch in der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen
408 Rückständigkeit der Region.

409 **Unterdrückung und Stagnation als Grundproblem**

410 In den meisten Ländern des Nahen und mittleren Ostens herrschen autoritäre
411 Regime oder Diktaturen, die Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen treten. Die
412 Bildungssysteme sind rückständig; wissenschaftliche Freiheit existiert kaum. Auch
413 die Wirtschaft kann sich nicht entfalten, wo Eigeninitiative unterdrückt wird. Die Hälfte
414 der Bevölkerung, die Frauen, ist vom öffentlichen Leben weitgehend
415 ausgeschlossen. Hinzu kommen strukturelle Probleme wie Wasserknappheit,
416 schlechte Gesundheitssysteme und ein starkes Bevölkerungswachstum. Kurz: Die
417 meisten Gesellschaften bieten ein Bild gescheiterter Modernisierung.

418 Diese Rückständigkeit produziert – gerade im Vergleich zum Westen – politische
419 Unzufriedenheit, die sich nicht auf demokratischem Wege artikulieren kann. Die
420 radikalen islamistischen Bewegungen richten sich deshalb in erster Linie gegen die
421 eigenen autoritären Regime, wie in Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan oder
422 Nordafrika. In zweiter Linie wird auch der Westen verantwortlich gemacht. Versuche,
423 diese Bewegungen gewaltsam zu unterdrücken, können nur kurzfristig erfolgreich
424 sein. Langfristig verschärfen sie die Probleme in der Region.

425 **2.2 Die deutsche Politik im Nahen und Mittleren Osten**

426 **Grundprinzipien deutscher Politik im Nahen und Mittleren Osten**

427 • *Geostrategische Komplexität und die Politik der kleinen Schritte*

428 Die geostrategische Lage im Nahen und Mittleren Osten ist dadurch gekennzeichnet,
429 dass zahlreiche Einzelkonflikte auf überaus komplexe Weise verbunden sind und
430 sich auf verschiedenen Ebenen überlagern: die Konflikte zwischen Israelis und
431 Palästinensern, Schiiten und Sunniten, dem Iran und den arabischen Staaten,
432 säkularen und religiösen Regimes, der islamischen Welt und dem Westen, die
433 Konflikte um Land und heilige Stätten, um Wasser und Öl. Diese Verflechtungen
434 haben zuletzt zugenommen und zu einer gegenseitigen Verschärfung geführt.

435 Für die deutsche Politik folgt daraus:

436 Langfristiges Ziel muss eine Gesamtordnung des Nahen und mittleren Ostens sein,
437 in der alle Konflikte in einer regionalen Sicherheitsarchitektur entschärft sind. Auf
438 Dauer wird keine isolierte Lösung Bestand haben.

439 Kurzfristig gilt dagegen, dass die geostrategische Komplexität eine Politik der kleinen
440 Schritte erfordert. Nur in einem Friedensprozess, der Konfliktfelder einzeln angeht,
441 können schrittweise Verbesserungen erreicht werden.

442 • *Religion, Kultur und die pragmatische Politik der Vernunft*

443 Die Verbindung der verschiedenen innen- und außenpolitischen Konflikte beruht in
444 starkem Maß auf einer religiösen und kulturellen Aufladung von Macht- und
445 Interessengegensätzen. Der Niedergang der säkularen arabischen Bewegungen und
446 das Aufkommen des radikalen Islamismus haben dazu geführt, dass die Gefahr der
447 Eskalation steigt, während die Stimmen der Vernunft schwerer Gehör finden.

448 Für die deutsche Politik folgt daraus:

449 Deutschland, Europa und der Westen müssen klarmachen, dass es keinen
450 Religions- oder Zivilisationskonflikt gibt. Das gegenseitige Verständnis mit den
451 islamisch geprägten Kulturen ist uns ein wichtiges Anliegen, das der
452 Friedenssicherung dient. Unsere Politik im Nahen und Mittleren Osten sollte sich um
453 pragmatische Lösungen bemühen und alles unterlassen, was die Emotionen weiter
454 anheizen könnte. Wer dagegen Kreuzzüge führen will, muss sich über Widerstände
455 und einen erstarkten Islamismus nicht wundern.

456 • *Realpolitische Krisenbewältigung*

457 Akute Krisen erfordern entschlossenes Handeln und schnelle Erfolge. Ziel ist dabei
458 eine Stabilisierung, um unmittelbare Bedrohungen abzuwenden und langfristige
459 Problemlösungen überhaupt erst zu ermöglichen. Dazu ist oft klassische Machtpolitik
460 notwendig, die auch vor politischem und militärischem Zwang und der
461 Zusammenarbeit mit Diktaturen nicht zurückschreckt.

462 Diese Politik verschafft kurzfristig Vorteile, doch der Preis ist hoch: Die Unterstützung
463 von Diktaturen haben das Ansehen der USA in der Vergangenheit schwer
464 beschädigt und die westlichen Ideale unglaubwürdig gemacht. Die autoritären
465 Regimes des Nahen und Mittleren Ostens halten die islamistischen Bewegungen
466 nieder, doch langfristig werden die Problemursachen dadurch verstärkt. Dies zeigt
467 das Beispiel des Irans besonders deutlich.

468 Für die deutsche Politik folgt daraus:

469 Realpolitisches Vorgehen erlaubt eine kurzfristige Stabilisierung, fördert aber
470 langfristige Instabilität. Die Zusammenarbeit mit autoritären Regimes und die
471 Anwendung von Zwang müssen deshalb auf Fälle begrenzt bleiben, in denen
472 gehandelt werden muss, um noch größeres Unheil zu verhindern.

473 • *Die Politik des langfristigen Wandels*

474 Eine langfristige Politik muss auch die Ursachen von Konflikten bekämpfen und sich
475 an den eigenen Grundwerten orientieren. Sie zielt nicht auf Stabilität, sondern auf
476 Wandel: auf die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, auf
477 wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und auf die Schaffung äußerer
478 Sicherheit durch friedliche Konfliktaustragung.

479 Für die deutsche Politik folgt daraus:

480 Die deutsche Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten muss die
481 unterschiedliche Reichweite von Problemen und Zielen klar differenzieren und
482 Vorgehen und Mittel entsprechend wählen. Insofern gehören Realpolitik und
483 wertgebundene Außenpolitik zusammen: Realpolitik löst keine Probleme, aber
484 langfristige Lösungen sind ohne realpolitischen Schritte nicht zu erreichen.

485 • *Eine gemeinsame Politik des Dialogs*

486 Die Größe der Probleme im Nahen und Mittleren Osten ist offenkundig. Ebenso klar
487 ist, dass ihre dauerhafte Lösung nur mit Zustimmung den Menschen in der Region
488 gelingen kann. Alles andere ruft Abwehrreflexe hervor, wie die US-Strategie der
489 erzwungenen Demokratisierung gezeigt hat.

490 Für die deutsche Politik folgt daraus:

491 Erstens kann nur eine gemeinsame, innerhalb der EU und mit den USA und
492 Russland abgestimmte Politik erfolgreich sein. Nach wie vor gilt: Ohne die Weltmacht
493 USA gibt es keinen Frieden in der Region. Zweitens hat eine Politik des Dialogs und
494 der Verhandlungen mit den Ländern vor Ort langfristig größere Chancen als eine
495 Politik des Zwangs. Reformprozesse müssen unter Respektierung der
496 Eigenständigkeit und Traditionen der Gesellschaften der Region gefördert werden.

497 • *Prinzipienfestigkeit statt Appeasement*

498 Gesprächsbereitschaft ist nicht mit einer Politik der Beschwichtigung oder des
499 Appeasement zu verwechseln. Demokratie, Menschenrechte und friedliche
500 Konfliktaustragung bleiben Grundprinzipien deutscher Politik. Sie sind mit Diktatur
501 und islamistischer Ideologie unvereinbar.

502 Für die deutsche Politik folgt daraus:

503 Die Durchsetzung dieser Prinzipien bleibt Ziel deutscher Außenpolitik; hier ist kein
504 Kompromiss möglich. Dies gilt im Verhältnis zum Iran, zu Hamas und Hisbollah und
505 erst recht in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus.

506 Der deutsche Staat muss Leben und Gesundheit seiner Bürger auch im Ausland
507 schützen. Auf keinen Fall aber darf sich Deutschland von Terroristen erpressen
508 lassen. Eine Freilassung von islamistischen Terroristen im Austausch gegen Geiseln
509 lehnt die Junge Union Südbaden strikt ab.

510 **Der Konflikt um Palästina**

511 Der Konflikt um Palästina ist ein zuallererst ein Territorialkonflikt, der von beiden
512 Seiten religiös überhöht wurde: Israelis und Palästinenser beanspruchen das gleiche
513 Land und bedienen sich dazu historischer und religiöse Argumente.

514 Für die Jungen Union Südbaden gilt: Wir bekräftigen das Existenzrecht Israels und
515 das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in sicheren Grenzen frei von Angst, Terror
516 und Gewalt zu leben. Wir bekräftigen zugleich das Recht des palästinensischen
517 Volkes auf einen eigenen Staat, der Seite an Seite mit Israel in Sicherheit und
518 anerkannten Grenzen existiert.

519 Eine Friedenslösung konnte bis heute nicht erreicht werden. Seit der Gründung des
520 Staates Israel und dem Sechstagekrieg, in dem Israel die Westbank und den Gaza-
521 Streifen besetzt hat, hat Israel seine militärische Überlegenheit bewiesen, ohne
522 langfristig Sicherheit zu erreichen. Der erste Versuch einer Verständigung – die
523 Verhandlungen der 1990er Jahre – ist mit der 2. Intifada im Jahr 2000 gescheitert.
524 Der zweite Versuch – die Strategie der einseitigen Schritte mit dem Rückzug aus
525 dem Gaza-Streifen und aus dem Libanon 2005 – hat die Aufrüstung der Hisbollah
526 ermöglicht und weitere Angriffe von Hamas und Hisbollah provoziert. Am Ende stand
527 der Libanon-Krieg vom Sommer 2006.

528 Die aktuelle Lage ist von dessen Folgen gekennzeichnet: Im Gaza-Streifen und im
529 Libanon herrscht ein fragiler Waffenstillstand, der von einer internationalen Truppe
530 unter Beteiligung der Bundesmarine notdürftig überwacht wird. Im Libanon üben
531 Syrien und der Iran nach wie vor starken Einfluss aus; die Hisbollah ist politisch
532 gestärkt. Die Regierungen Olmert in Israel und Abbas in den palästinensischen
533 Gebieten sind dagegen geschwächt. In Gaza haben sich die bürgerkriegsähnlichen
534 Zustände verschlimmert und konnten nur oberflächlich eingedämmt werden.

535 Die Junge Union Südbaden ist klar: In dieser Situation ist Deutschland mit seinen
536 Partnern im Nahost-Quartet – den USA, Europa, Russland und den Vereinten
537 Nationen – gefragt. Eine gemeinsame Politik muss helfen, zuallererst die
538 Bedingungen für Verhandlungen zu schaffen. Dazu gehören die Anerkennung des
539 Existenzrechts Israels, die Anerkennung bestehender Verträge, der Verzicht auf
540 Gewalt sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser.

541 Gegenwärtig ist die Hamas nicht zur Anerkennung dieser Prinzipien bereit. Zugleich
542 ist eine Stabilisierung der palästinensischen Gebiete schwierig, solange die Hamas
543 an der Regierung beteiligt ist. Ohne staatliche Konsolidierung, Demokratisierung und
544 Durchsetzung des Gewaltmonopols wird es aber keine dauerhafte Lösung geben.

545 Die Junge Union Südbaden hält in dieser Situation an den oben genannten
546 Grundprinzipien fest und lehnt eine Aufweichung ab. Geldtransfers zur Stabilisierung
547 der palästinensischen Gebiete sollen nur über jene Mitglieder der palästinensischen
548 Regierung abgewickelt werden, die diese Grundprinzipien anerkennen. Eine
549 lückenlose Kontrolle der Verwendung ist zu gewährleisten.

550 Auf der Basis der Road Map und der Arabischen Friedensinitiative muss sich das
551 Nahost-Quartett für eine Friedenslösung einsetzen, die den Interessen aller
552 Beteiligten gerecht wird. Eine einseitige Parteinahme lehnt die Junge Union
553 Südbaden entschieden ab, denn dadurch würde die Glaubwürdigkeit als Vermittler
554 untergraben. Eine Lösung kann nicht von außen aufgezwungen werden.

555 Eine dauerhafte Friedenslösung soll am Ende des Prozesses stehen. Sie muss bei
556 beiden Konfliktparteien von einer starken politischen Mehrheit getragen werden, also

557 langfristig auch von der Hamas. Sie muss auf dem Gedanken der gemeinsamen
558 Sicherheit beruhen, von der beide Seiten profitieren. Dazu gehören:

- 559 • die gegenseitige Anerkennung, insb. das Existenzrecht Israels
- 560 • die Zwei-Staaten-Lösung mit einem lebensfähigen palästinensischen Staat
- 561 • die Lösung der Flüchtlingsfrage, ohne dass die Bevölkerungszusammensetzung
562 Israels grundlegend verändert wird
- 563 • eine Sonderregelung für die Altstadt Jerusalems und den Tempelberg
- 564 • der Einbezug des Libanons, d.h. das Ende auswärtiger Einmischung
- 565 • der Einbezug Syriens, d.h. die Rückgabe der Golan-Höhen und ein Ende der
566 Ermittlungen im Hariri-Mord im Gegenzug für eine Anerkennung Israels
- 567 • eine regionale Sicherheitsarchitektur, die die arabischen Nachbarstaaten, aber
568 auch den Iran und die USA einbindet.

569 **Der Hegemonialkonflikt um die Vorherrschaft im Nahen Osten**

570 Die Vorherrschaft im Nahen Osten wurde in der Vergangenheit vor allem zwischen
571 dem Irak und dem Iran ausgetragen, ohne dass es einen klaren Sieger gab.
572 Inzwischen hat sich die Lage grundlegend geändert: 2001 wurden mit den Taliban
573 einer der ärgsten Gegner des Iran beseitigt. 2003 wurde das Regime Saddam
574 Husseins im Irak gestürzt – mit gravierenden Folgen:

575 • Der irakische Staat wurde zerstört und seine territoriale Integrität in Frage gestellt.
576 Der sunnitische Aufstand gegen die USA eskalierte immer weiter. Das folgende
577 Chaos hat den Irak zu einem Spielfeld des islamistischen Terrorismus gemacht.

578 • Der Irak-Krieg hat das regionale Machtgleichgewicht aus der Balance gebracht. Die
579 Sunniten haben die Macht im Irak und ihre dominierende Stellung im gesamten
580 Nahen Osten verloren. Seit 2006 herrscht Bürgerkrieg zwischen schiitischer Mehrheit
581 und sunnitischer Minderheit. Der Hegemonialkonflikt zwischen den Staaten des
582 Nahen Ostens und zwischen Sunniten und Schiiten wird heute im Irak ausgetragen.

583 • Die Art und Weise der Besatzung hat zudem den Westen und seine Ideale unter
584 eine schwere Belastungsprobe gestellt. Die USA haben im Irak militärisch, politisch
585 und moralisch nicht obsiegt.

586 • Hauptnutznießer ist der Iran, der offen den Anspruch auf Vorherrschaft im Nahen
587 Osten erhebt. Die atomare Aufrüstung und die Unterstützung radikaler militanter
588 Gruppen im Irak, im Libanon (Hisbollah) und in Palästina (Hamas, Islamischer
589 Dschihad) sind die Mittel dieser Politik. Der Iran hat sich zudem mit dem alawitischen
590 Regime in Syrien verbündet. Angesichts dieser Lage kann es zurzeit nur um eine
591 Schadenbegrenzung gehen. Die Junge Union Südbaden hält folgend Grundlinien für
592 richtig:

593 • Erstens muss der iranische Machtzuwachs durch eine regionale Bündnispolitik
594 ausbalanciert werden. Gegenwärtig formiert sich eine Allianz sunnitisch-arabischer
595 Staaten unter der Führung Saudi-Arabiens und mit Unterstützung der USA. Der Preis
596 ist allerdings hoch: Der Westen muss stützt indirekt die autoritären Regimes und
597 verfestigt damit ein Grundproblem der Region.

598 • Zweitens muss die Lage im Irak bereinigt werden. Gegenwärtig ist das Land ein
599 Faustpfand in der Hand des Irans. Langfristig hat jedoch auch der Iran kein Interesse
600 an einem zerfallenden Irak, so dass eine Stabilisierung unter Einbezug des Irans und

601 der sunnitischen Staaten nicht unmöglich scheint. Der Rückzug der USA muss
602 darauf folgen.

603 **Die atomare Aufrüstung Irans**

604 Um die Vorherrschaft in Nahost zu gewinnen und den Einfluss der USA
605 zurückzudrängen, strebt der Iran nach Atomwaffen und entsprechenden
606 Trägerraketen. Durch die atomare Aufrüstung in Verbindung mit den aggressiven
607 Zielen der Regierung Ahmadinedschad entwickelt sich der Iran zu einer existentiellen
608 Bedrohung für seine Nachbarn, insbesondere Israel, und zu einer Gefahr für Europa,
609 das zunehmend in die Reichweite iranischer Raketen rückt. Damit steigt die Gefahr
610 eines atomaren Wettrüstens in der gesamten Region.

611 Die Junge Union Südbaden hält es deshalb für inakzeptabel, dass der Iran
612 Atomwaffen erhält. Eine iranische Atombombe muss unter allen Umständen
613 verhindert werden. Der Iran hat zwar das Recht auf friedliche Nutzung der
614 Kernenergie, nicht aber auf Nuklearwaffen. Er muss darüber hinaus seinen
615 notwendigen Beitrag zu Frieden und Stabilität in der Region, insbesondere im Irak,
616 leisten und das Existenzrecht aller Staaten in der Region anerkennen.

617 Als ersten Schritt muss der Iran das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag
618 ratifizieren. Der weltweiten Stärkung der Verträge über Verbot und Nichtverbreitung
619 von Massenvernichtungswaffen und der Fortsetzung der nuklearen Abrüstung
620 kommen vor diesem Hintergrund besondere Bedeutung zu. Außerdem muss die
621 internationale Gemeinschaft objektive Garantien dafür erhalten, dass das iranische
622 Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

623 Der Konflikt um das iranische Nuklearprogramm sollte auf dem Verhandlungswege
624 gelöst werden. Eine Politik der Stärke und Verhandlungen schließen sich jedoch
625 nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig: Sollte eine Verschärfung der bereits
626 bestehenden Sanktionen notwendig werden, dürfen USA und EU nicht zögern, diese
627 gemeinsam durchzusetzen. Als ultima ratio ist auch eine militärische Option im
628 Bündnis mit Saudi-Arabien, Ägypten und anderen Staaten in Erwägung zu ziehen.

629 Ziel muss es sein, den Preis für das Atomprogramm zu erhöhen und gleichzeitig den
630 berechtigten Interessen des Irans soweit entgegenzukommen, dass eine
631 pragmatischere iranische Führung mittelfristig einem Deal zustimmt und auf
632 Atomwaffen verzichtet. Dieser Deal muss berücksichtigen, dass die atomare
633 Aufrüstung von fast der gesamten iranischen Gesellschaft als legitim angesehen wird
634 und aus der historischen Erfahrung auswärtiger Einmischung gespeist wird. Die US-
635 Doktrin der Preemptive Strikes hat diese Wahrnehmung nicht abgeschwächt.
636 Deshalb hat der Iran bei Verzicht auf Atomwaffen einen berechtigten Anspruch auf
637 bi- und multilaterale Sicherheitsgarantien.

638 **Das deutsche Engagement in Afghanistan**

639 2001 wurde das Taliban-Regime in Afghanistan durch US-Truppen gestürzt. Eine
640 Stabilisierung ist seitdem nur teilweise gelungen: Bis heute halten die Kämpfe im
641 Süden des Landes an, wo die Taliban die an Pakistan angrenzenden Regionen
642 beherrschen. Andere Provinzen werden von Clanchefs kontrolliert, während die
643 Macht der Regierung Karsai kaum über Kabul hinausreicht. Der zivile Wiederaufbau
644 geht schleppend voran und der Drogenanbau bleibt ein ungelöstes Problem.

645 Trotz dieser Schwierigkeiten hat Deutschland weiterhin ein elementares Interesse
646 daran, dass Afghanistan nicht erneut in die Hände der Taliban fällt und zu einem

647 Stützpunkt des islamistischen Terrorismus wird. Darüber hinaus muss mittelfristig der
648 Mohn-Anbau unterbunden und die Drogenindustrie zerschlagen werden, die den
649 Krieg in Afghanistan hauptsächlich finanziert.

650 Die Junge Union vertritt deshalb offensiv: Das deutsche Engagement wird noch viele
651 Jahre andauern und muss eher verstärkt als verringert werden, wenn nicht ein
652 Scheitern aller bisherigen Anstrengungen riskiert werden soll. Deutschland kann sich
653 nicht aus Kampfhandlungen heraushalten und auf „Straßenbau mit Helmeinsatz“
654 konzentrieren. Die Wahrheit ist, dass Deutschland nie neutral gewesen ist und es
655 auch in Zukunft nicht sein wird. Eine ehrliche Bestandsaufnahme zeigt: Deutschland
656 führt Krieg in Afghanistan.

657 Auch wenn die Hauptlast der Kämpfe von den USA, Großbritannien, Kanada und
658 den Niederlanden getragen wird, ist Deutschland im Rahmen der NATO-geführten
659 ISAF mit über 3000 Soldaten in Kabul und in Nordafghanistan engagiert. Im Rahmen
660 der Operation Enduring Freedom wurde das Kommando Spezialkräfte in
661 Südafghanistan eingesetzt. Bisher sind (soweit bekannt) 18 deutsche Soldaten
662 gefallen oder durch Unfälle umgekommen.

663 Die Junge Union Südbaden ist der Auffassung, dass es langfristig nicht vertretbar ist,
664 die Hauptlast der Kämpfe und damit auch der Opfer verbündeten und befreundeten
665 Nationen zu überlassen.

666 In diesem Zusammenhang kann es militärisch sinnvoll werden, die Mandate ISAF
667 und Enduring Freedom zusammenzulegen. Dagegen spricht allerdings, dass
668 Deutschland dadurch politische und militärische Handlungsspielräume aufgeben
669 würde. Deshalb spricht sich die Junge Union Südbaden zurzeit gegen eine
670 Zusammenlegung aus.

671 Der Krieg in Afghanistan trägt alle Kennzeichen einer asymmetrischen
672 Kriegsführung: Die Taliban können aus dem Hinterhalt heraus agieren und dem
673 offenen Kampf aus dem Weg gehen, während die westlichen Länder auf politische
674 und militärische Erfolge angewiesen sind. Zudem ist die Opferbereitschaft der
675 einheimischen Taliban langfristig größer als die Bereitschaft der westlichen
676 Gesellschaften, Opfer für Afghanistan zu bringen. Bei einem langen Abnutzungskrieg
677 arbeitet die Zeit für die Taliban und gegen die westlichen Staaten.

678 Trotz militärischer Überlegenheit werden die Koalitionstruppen unter Führung der
679 USA und die ISAF daher keine militärische Lösung erreichen. Entscheidend für eine
680 erfolgreiche counter-insurgency-Strategie ist vielmehr, die Mehrheit der Bevölkerung
681 durch Verbesserung der Wirtschafts- und Sicherheitslage zu gewinnen und so den
682 Taliban langfristig den Rückhalt im Land zu entziehen.

683 •Erstens müssen dazu die Anstrengungen beim Schutz der Bevölkerung, bei der
684 staatlichen Konsolidierung und bei der wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt werden.

685 •Zweitens ist auf Militäreinsätze zu verzichten, die kurzfristige taktische Erfolge erzielen,
686 aber durch zivile Opfer und Zerstörungen den Rückhalt für Koalitionstruppen und
687 ISAF untergraben.

688 •Drittens kann eine politische Stabilisierung nur mit Unterstützung der Clanchefs und
689 gemäßiger Kräfte unter den Taliban gelingen. Der Zeitpunkt für Verhandlungen aus
690 einer Position der Stärke heraus könnte sich nach den laufenden Frühjahrs- und
691 Sommeroffensiven ergeben. Militärische Siege müssen in langfristige politische
692 Erfolge umgesetzt werden.